

AKTUELL

ZWISCHENBERICHT ZUM LGBTI-AKTIONSPLAN

Wenig Fortschritt

Tessie Jakobs

Eine Studie der Universität Luxemburg gibt Hinweise, wieso die Umsetzung des 2018 verabschiedeten LGBTI-Aktionsplans so langsam vorankommt.

Mehr als fünf Jahre nach Inkrafttreten des nationalen Aktionsplans für die Förderung der Rechte lesbischer, schwuler, bisexueller, trans und intergeschlechtlicher Menschen (PAN LGBTI), veröffentlichte das Ministerium für Gleichstellung und Diversität diese Woche den im Dezember von der Universität Luxemburg fertiggestellten, ursprünglich für 2021 geplanten Zwischenbericht. Das Fazit: Viele Maßnahmen besagten Aktionsplans wurden bisher noch nicht oder nur teilweise umgesetzt.

Für den Zwischenbericht wurden die Einschätzungen der zehn für die Umsetzung des PAN LGBTI zuständigen Ministerien, sowie von Organisationen der Zivilbevölkerung eingeholt. Erstere erhielten im Herbst 2022 einen Online-Fragebogen, letztere wurden im Frühling 2023 in Interviews befragt.

Wie aus den Fragebogenantworten hervorgeht, waren zum Erhebungszeitpunkt 73 Prozent der insgesamt 93 Maßnahmen bereits bearbeitet worden; nur 59 Prozent davon galten jedoch als „vollständig umgesetzt“. Als häufigsten Grund für nicht umgesetzte Maßnahmen, wurde die Covid-19-Pandemie angegeben. Bei 10 Maßnahmen ist eine Umsetzung mittlerweile nicht mehr vorgesehen. So wurden etwa zwei Maßnahmen innerhalb des Kapitels Gesundheit („Eine spezielle Untersuchung zu den gesundheitlichen Bedürfnissen von LGBTI-Personen durchführen“, sowie „Eine Untersuchung durchführen, um die Qualität der Gesundheitsdienstleistungen für LGBTI-Personen zu bewerten“) auf Eis gelegt. Genaue Gründe dafür wurden von Seiten der befragten Ministerien keine genannt.

Nach welchen Kriterien die Maßnahmen als „vollständig umgesetzt“ eingestuft wurden, gehen aus dem Bericht nicht hervor. „Die Vielfalt im Allgemeinen und insbesondere die Familienvielfalt fördern, indem bei jeder internen und externen Kommunikation der Schulen und aller sonstigen Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungseinrichtungen über die heteronormative Denkweise hinausgegangen wird“, lautet etwa eine Maßnahme im Kapitel Bildung. Da es sich hier nicht um eine punktuelle Maßnahme handelt, sondern um eine Leitlinie, die es bis auf unbestimmte Zeit zu berücksichtigen gilt, scheint eine Kategorisierung als entweder teilweise oder vollständig umgesetzt hier kaum möglich.

In der Evaluation ist diese Maßnahme jedoch als „vollständig umgesetzt“ vermerkt. Als Begründung werden ein Leitfaden des SNJ, ein Dokument vom IFEN, eine Informationswoche, ein Film und ein Theaterstück aufgezählt.

Das Chaos, das daraus zum Teil erfolgte, beschreiben die Forscher*innen im Kapitel „Schwierigkeiten in Erhebung & Analyse“. Dort ist von Angaben die Rede, die teils „widersprüchlich bzw. nur schwer interpretierbar“ gewesen seien. Wenn nämlich Maßnahmen von demselben Ministerium sowohl als „vollständig umgesetzt“ als auch als „teilweise umgesetzt“ vermerkt waren. Oder ein Ministerium das eine, ein anderes wiederum das Gegenteil davon sagte.

Die Organisationen der Zivilbevölkerung ihrerseits wurden nicht danach befragt, welche Maßnahmen zu welchem Grad umgesetzt wurden – eine Entscheidung, die die Forscher*innen nachträglich bedauern. In ihrer allgemeinen Einschätzung äußerten die Organisationen durchgängig „eine wahrgenommene Tendenz zur Stagnation“ in puncto LGBTIQA-Rechte.

Wie geht's weiter?

Als einen Grund für den mangelnden Fortschritt nannten die Ministerien unter anderem „Probleme in der Definition der Maßnahmen bzw. Anlaufschwierigkeiten“. Diesbezüglich empfehlen die Forscher*innen dem Ministerium für Gleichstellung und Diversität, „solche Definitionsprobleme gezielt anzusprechen und zu klären“. Zudem sei es „unabdingbar Daten darüber zu gewinnen, welche Einstellungen und Überzeugungen in der luxemburger Bevölkerung bestehen“, um diese in die Konzeption von Sensibilisierungskampagnen einfließen lassen zu können.

Die LGBTIQA-Organisationen fordern laut Bericht, den Fokus verstärkt intersektional und auf vulnerable Gruppen – vor allem auch auf Kinder – auszurichten. Von den Organisationen sei zudem der Wunsch nach „einer transparenteren Kommunikation und einem intensiveren Austausch aller am PAN LGBTI beteiligten Akteure“ geäußert worden.

Die zuständige Ministerin Yuriko Backes (DP) kündigte in einem Preseschreiben an, das interministerielle Komitee zur Förderung der Rechte lesbischer, schwuler, bisexueller, trans und intergeschlechtlicher Menschen reformieren zu wollen. Ein entsprechendes „arrêté gouvernemental“ wurde am Montag vom Regierungsrat angenommen.

SHORT NEWS

Marsch für die Erde

(ja) – Am 22. April wird jährlich der „Earth Day“, der Tag der Erde begangen. 2024 wird es in Luxemburg zum ersten Mal eine Demo zu diesem Anlass geben. Ein Zusammenschluss aus über 30 Organisationen, Kollektiven und Bündnissen aus der luxemburger Zivilgesellschaft ruft dazu auf, am kommenden Montag demonstrieren zu gehen. Treffpunkt ist um 17:30 Uhr vor dem Hauptbahnhof in Luxemburg-Stadt. Wer teilnehmen will, soll seine „schönen blauen und grünen Kleider als Symbol für unseren wertvollen Planeten“ anziehen und Transparente mit seinen ökologischen Forderungen mitbringen. Der Marsch soll einerseits „die Erde und das Leben auf ihr“ feiern, andererseits gibt es einen langen Forderungskatalog. Darin wird die Regierung aufgefordert, sich „konsequent und ambitioniert für eine gerechte Transition in Luxemburg“ einzusetzen. Sie soll auch über die Grenzen hinweg die Verantwortlichkeiten des Großherzogtums wahrnehmen, zum Beispiel in Sachen Klimafinanz. Die gesellschaftliche Transition müsse dem Gemeinwohl dienen; besonders vulnerable Gruppen müssten in Entscheidungen miteinbezogen werden. Die Demonstration soll ein starkes Signal an die Regierung senden, nicht noch mehr Zeit zu verlieren, um Maßnahmen zum Erhalt der Biodiversität und des Klimas in die Wege zu leiten.

Artenschutz und Landwirtschaft: Unter einem Hut

(mes) – Sie ist weniger bekannt als die Klimakrise, dabei ist sie „mindestens ebenso dramatisch“, eröffnete der Mouvement écologique (Méco) seine Pressekonferenz am Donnerstag, dem 18. April. Die Rede ist von der Biodiversitätskrise, die sich laut einer rezenten Studie des Nationalmuseums für Naturgeschichte schneller ausbreitet als bisher angenommen: Nicht eine Million, sondern zwei Millionen Tier- und Pflanzenarten sind weltweit gefährdet. Auch in Luxemburg ist die Lage kritisch, besonders bei offenen Landflächen wie Mähwiesen und Feuchtgebieten: „Die Hälfte der geschützten Habitate befinden sich in einem schlechten Erhaltungszustand“, beklagt die Umwelt-NGO. Dem soll der Dritte Nationale Naturschutzplan (PNPN3) mit der Wiederherstellung und Erweiterung der bedrohten Ökosysteme entgegenwirken, unter anderem mit der Wiederherstellung von 1.109 Weihern. Obschon der Méco dem PNPN3 eine „grundsätzlich gute“ Note erteilt, hapere es jedoch an der Umsetzung. Allem voran fehle es an finanziellen Mitteln sowie spezialisiertem Personal. Zudem führten lange Prozeduren nicht selten zu Frustrationen bei Landbesitzer*innen und Landwirt*innen. Gerade mit denen gelte es, besser zusammenzuarbeiten, denn der Verlust der Artenvielfalt führe parallel zu einem Verlust von qualitativem Agrarboden. Die NGO fordert zudem einen jährlichen Bericht über die Umsetzung des PNPN3, um zu kontrollieren, inwiefern die Ziele eingehalten wurden.

woxx@home

Écriture inclusive : le woxx adopte le point médian

Les langues et leur écriture sont en permanente évolution. Il en va de même de l'écriture inclusive utilisée par le woxx en français. Jusqu'à présent, nous utilisons le trait d'union pour réduire les inégalités entre les genres masculin et féminin. Ainsi, nous écrivons « les habitant-es » afin d'englober à la fois les femmes et les hommes qui résident dans un pays, une ville, un village. Cet usage s'avère d'autant plus justifié que dans la grammaire française le masculin l'emporte sur le féminin au pluriel, ce qui a pour effet d'invisibiliser les femmes. Depuis quelques années, le trait d'union est cependant délaissé dans l'écriture inclusive à la faveur du point médian. Ce signe typographique est connu depuis les antiquités grecques et romaines, où il servait couramment à marquer la séparation entre les mots. Dans l'écriture inclusive, le point médian présente notamment l'avantage de rendre la lecture plus fluide, en ne passant toutefois pas inaperçu. Les journalistes du woxx vont désormais accompagner ce changement dans ses textes publiés en français. En conséquence, nous écrivons dorénavant « les habitant·es ». Cette évolution n'est cependant pas que formelle, car le point médian est réputé commune neutre et il permet ainsi de marquer la présence de personnes non-binaires, ne s'identifiant ni au genre masculin, ni au genre féminin.